Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 59 (1967)

Heft: 4

Artikel: Meinungsumfragen in Ostdeutschland

Autor: Apel, Heinz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354276

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

besseren und schöneren Leben zu verhelfen. Sie appellieren an die Nichtorganisierten, den freien Gewerkschaften beizutreten. Die Erfüllung der Solidaritätspflicht ermöglicht eine noch wirkungsvollere gewerkschaftliche Interessenvertretung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert die Werktätigen auf, einig und geschlossen an den Maikundgebungen teilzunehmen, für Fortschritt und Wohlfahrt zu demonstrieren.

Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Meinungsumfragen in Ostdeutschland

von *Heinz Apel*

Daß die Verhältnisse auch «hinter der Mauer» nicht starr und unabänderlich sind – wer hätte daran gezweifelt? Daß die Versorgungslage sich gebessert habe – das war nachgerade auch schon im Westen bekanntgeworden. Der nachfolgende Artikel beweist, daß davon auch die Haltung der Bevölkerung, einerseits gegenüber dem eigenen Regime, anderseits gegenüber dem «fernen Westen» nicht unberührt bleibt. Wir entnehmen den Artikel wieder einmal dem in Berlin erscheinenden «Monat». Vom Verfasser sind bereits erschienen: «Ohne Begleiter – 247 Gespräche jenseits der Zonengrenze» (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln) und «Spaltung» (Voltaire-Verlag, Berlin). Demnächst erscheint ebenfalls bei Voltaire, Berlin: «Die DDR 1962–1964–1966».

Ost-West-Konflikt, politische Trennung, physische Absperrung durch Mauer und streng bewachte Grenzschranken, administrativ mit großer Geschicklichkeit gesicherte Behinderung freier Kontakte zwischen den Menschen hüben und drüben haben es noch bis in die jüngste Zeit fast unmöglich gemacht, mehr als jeweils nur kleine Ausschnitte des Gesamtbildes zu reflektieren, das die Haltung der DDR-Bevölkerung auch nur annähernd repräsentativ darstellen könnte. Wo solche Verbindungen überhaupt bestanden oder gelegentlich hergestellt werden konnten, haben sie überdies eine stark einseitige Orientierung begünstigt: Soweit sie zwischen Mitgliedern der breiten Masse der Bevölkerung geknüpft wurden, hatten sie kaum eine Chance, die öffentliche Meinung mitzuprägen, während die aus den Kreisen der gehobenen Schichten und der Intelligenz kommenden Reaktionen einer relativ kleinen Minderheit im Westen meistens nach dem Prinzip gesiebt wurden, daß Bekenntnisse zu loyaler «Staatsgesinnung» bedeutungslos waren, wenn sie aus dem Bereich der «Handvoll von Funktionären und indoktrinierten Parteimitgliedern» kamen, in allen anderen Fällen aber von äußerst zweifelhafter Glaubwürdigkeit, solange man überzeugt war, daß Angst vor den Folgen wirkliche Offenheit nicht zuließ.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Andere Umstände begünstigten die gleiche Tendenz: Gerade die älteren Jahrgänge der gebildeten Bevölkerungsschichten, die sich ihre westlichen Sympathien zum größten Teil bewahrt hatten, dienten als bevorzugte Informationsquellen, und die offensichtliche Einhelligkeit in ihrer Ablehnung von Staat und Regime schien daher die allgemeine Haltung widerzuspiegeln; die «Abstimmung mit den Füßen», an der sich Angehörige aller Schichten der Bevölkerung anscheinend unterschiedslos beteiligten, verführte dazu, sie in erster Linie als bewußten politischen Protest anzusehen. Die unverhohlene Bewunderung des westdeutschen «Wirtschaftswunders» – das nächstliegende Thema eines jeden Gesprächs mit einem Besucher aus dem Westen –, die fast in demselben Atemzug von Beschwerden über die «Versorgungsmängel» in der eigenen Wirtschaft begleitet wurde, verführte zu ähnlich einseitig verallgemeinernden Schlußfolgerungen. Schließlich kam noch dazu, daß der Mauerbau im Westen eine massenpsychologische Schockwirkung auslöste, die – meistens wohl kaum bewußt – einer ruhig-abwägenden öffentlichen Diskussion des Themas bestimmt nicht den Weg ebnete.

Gegen den Hintergrund eines solchen anscheinend kaum differenzierten schwarzgrauen Spektrums, das über der «sogenannten DDR», ausgebreitet lag, erhielt die traditionelle offizielle Bonner These, daß «drüben mindestens 90 Prozent der Bevölkerung ihrem System und Regime gegenüber feindlich eingestellt» seien, nach dem 13. August 1961 erneute Geltung. Zweifel daran in nichtoffiziellen Kreisen verstärkten sich wohl erst zu Beginn des Jahres 1964, nachdem fast eine Million West-Berliner Bürger während der Jahreswende Gelegenheit gehabt hatten, sich selbst vom Leben ihrer Verwandten und Freunde im anderen Stadtteil zu überzeugen, das offenbar häufig genug nicht dem westlichen Bilde entsprach.

Gerade der fast axiomatische Charakter der 90-Prozent-These hatte jedoch der bisherigen Bonner «Deutschlandpolitik» als stärkste und kaum entbehrliche Stütze gedient und jede Wendung zu weniger scharfer Ablehnung der «Anerkennung des zweiten deutschen Staates und seines Regimes» schon deshalb ausgeschlossen, weil sie außer der Aufgabe des eigenen nationalen Ziels der Wiedervereinigung ja auch einen unverzeihlichen «Verrat» gegenüber der kompakten Mehrheit der Zonenbevölkerung bedeutet hätte. Wenn sich nun aber im Rahmen der neugebildeten großen Koalition zum erstenmal Möglichkeiten einer neuen Deutschlandpolitik abzuzeichnen scheinen, so wird die Frage besonders akut, ob und inwieweit die neuen Ansätze auch tatsächlich im Sinne der «Brüder und Schwestern drüben» erfolgen können. Man sollte sich nämlich in Bonn nicht darüber täuschen, daß selbst die besten Absichten in dieser Richtung in Pankow auf unnachgiebige Obstruktion stoßen dürften, sofern sie sich nicht einen positiven Widerhall innerhalb der breiten Massen der DDR-Bevölkerung selbst sichern können. So hat sich – wenn

auch in umgekehrter Beziehung – erst kürzlich beim Scheitern der neuen Passierscheinverhandlungen gezeigt, daß Pankows Ablehnung offenbar mitdiktiert war von einer zunehmenden Animosität der Bevölkerung gegen die allzu schnell wiederholte Invasion aus West-Berlin, der man bezeichnenderweise im DDR-Volksmunde bereits das Etikett «Aktion Kahlfraß» umgehängt hat und die in vielen Fällen nach erster oberflächlicher Wiederannäherung das Bewußtsein tiefer Entfremdung hinterlassen hat.[1]

Die Möglichkeit, nicht ein Opfer der zuvor gekennzeichneten Einseitigkeit in der Beurteilung der Haltung der Menschen drüben zu werden, ist natürlich weniger durch persönliche als durch sachliche Umstände bedingt. Sie steht und fällt mit der Möglichkeit unbehinderter und unüberwachter persönlicher Kontakte auf breiter Ebene, und zwar in dem Maße, in dem der fremde Beobachter schnell eine Atmosphäre unbedingten Vertrauens durch seine einwandfreie Identifizierung und Legitimierung zu schaffen vermag. Aus Gründen, die ich rückblickend auch heute nicht durchschauen kann – so daß auch meine Deutung, mir sei dreimal das Glück in Form der ab und zu wohl doch unvermeidlichen bürokratischen Fehlleistungen zu Hilfe gekommen, nicht mehr als eine Mutmaßung darstellt –, erfüllten sich diese Voraussetzungen für mich zum drittenmal während einer fast dreiwöchigen Reise durch die DDR im Juni des vergangenen Jahres.

Die bei dieser Gelegenheit gewonnenen Eindrücke können aus mehreren Gründen als besonders aufschlußreich angesehen werden: Erstens konnte ich einen noch größeren Personenkreis erfassen als bei den beiden früheren Reisen zusammen. Die Zahl von 365 Gesprächspartnern, die nach dem Prinzip des Zufalls meinen Weg kreuzten und sich aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutierten, ist immerhin groß genug, um auch nach anerkannten demoskopischen Gesichtspunkten eine sinnvolle Aussage über ihren repräsentativen Charakter zu ermöglichen. Zweitens hatte sich die allgemeine Lage, die in den vorangegangenen sechs Jahren durch die rücksichtslos erzwungene landwirtschaftliche Vollkollektivierung im Jahre 1960, durch den im folgenden Jahre gewagten, zeitlich mit einer katastrophalen Mißernte zusammenfallenden Mauerbau und die hierauf im Jahre 1962 wiederum folgende «Versorgungskrise» stark erschüttert worden war, nach zweijährigem neuen Wirtschaftsaufschwung wieder weitgehend normalisiert. Drittens wurde mir die persönliche Identi-

[1] Von dieser Äußerung des Volksmundes hören wir zum erstenmal. Sollte der Autor einem Propaganda-Slogan aufgesessen sein? Die West-Berliner Besucher aßen in der Tat reichlich, bei ihren Verwandten zu Haus und in den Restaurants – weil die Ost-Berliner Gastgeber sie dazu einluden; denn diese wollten sich bei den Weihnachts- und Osterbegegnungen für erwiesene Wohltaten, das heißt vor allem Geschenksendungen (meist auch mit Lebensmitteln) erkenntlich zeigen, und sie waren stolz, es tun zu können. *Anm. d. Red.*

fizierung als vertrauenswürdiger ausländischer Beobachter unmittelbar durch meinen mit amerikanischen Schildern versehenen Wagen ebenso leicht gemacht wie durch die mit Photographie und Personalbeschreibung versehenen Umschläge von zwei kürzlich in der Bundesrepublik veröffentlichten Büchern über die DDR. Viertens hatte ich die Methode meiner Befragung dadurch wesentlich systematischer gestaltet, daß ich jedes Gespräch mit fünf identischen Fragen spezieller Natur einleitete und erst von diesen zu freier Unterhaltung überging – ein Verfahren, das mit wenigen Ausnahmen sichere Rückschlüsse auf die politische und menschliche Grundhaltung der einzelnen Gesprächspartner ermöglichte.

Skizzierung und Analyse dieses Gesamtergebnisses ist das Hauptthema eines in Kürze erscheinenden Buches. Im vorliegenden Rahmen sollen lediglich die Antworten auf jene vier Fragen detailliert werden, die von mehr als vorübergehendem Interesse waren. (Die hier ausgelassene fünfte Frage bezog sich auf das bald danach gescheiterte Projekt des Redneraustausches; die – im übrigen von der seinerzeit in der Bundesrepublik vorherrschenden Beurteilung völlig abweichenden – Ergebnisse dieser Frage sind das Thema eines Artikels, der in der Novembernummer 1966 der Zeitschrift «liberal» erschienen ist.) Natürlich kann keins der so gezeichneten Einzelergebnisse den Anspruch erheben, ein für die ganze DDR-Bevölkerung repräsentatives Bild zu liefern; trotz des so beschränkten Aussagewertes sind diese Ergebnisse jedoch offensichtlich für die Klarlegung einiger Tendenzen von Bedeutung, deren Existenz, Richtung und Umfang in der öffentlichen Diskussion diesseits der Mauer weitgehend ignoriert oder fehlinterpretiert worden sind.

Die erste Frage verlangte vom Gesprächspartner Antwort darauf, ob er – unter der Voraussetzung, daß dies gesetzlich und ohne Vermögensverlust möglich wäre – es vorziehen würde, in der Bundesrepublik zu leben oder in der DDR zu bleiben. Nur sechs Personen blieben diese Antwort schuldig. Von den übrigen 359 entschieden sich 72 für den Westen, 287 dagegen wollten «im Lande» bleiben. Weitere Fragen nach dem «warum» zeigten aber schnell, daß viele dieser Antworten keineswegs auch den Charakter eines politischen Glaubensbekenntnisses hatten und häufig auf völliger Unkenntnis oder irrigen Voraussetzungen beruhten. So begründeten Jugendliche des öfteren ihre Wahl für die DDR damit, daß «wir gar nicht wissen, wie es drüben wirklich aussieht, und da bleiben wir schon lieber, wo wir ja eine gesicherte Zukunft haben». Noch öfter war die propagandistisch hochgezüchtete Idee maßgebend, die Bundesrepublik repräsentiere nach wie vor den «Hort des Revanchismus, Hitlerismus und Monopolkapitalismus», in dem der Arbeiter weder die Rechte noch die wirtschaftliche Sicherheit finden könne, die er sich in der DDR errungen habe. Die älteren Menschen schließlich – insbesondere die Rentner – ließen sich von einem starken Heimatgefühl leiten

und fürchteten überdies, in dem ihnen entfremdeten westlichen Milieu nicht mehr recht Fuß fassen zu können.

Ein näherer Blick auf diese Rentnergruppe erklärt, warum bisher nur verhältnismäßig wenige alte Menschen von der jetzt bestehenden Möglichkeit der Übersiedlung in die Bundesrepublik Gebrauch gemacht haben. Von den insgesamt 28 Repräsentanten dieser Gruppe, mit denen ich sprach, klassifizierte ich im Endergebnis 19 als «Anhänger» von System und Staat, aber nur bei sechs von ihnen erklärte die Stärke ihrer ideologischen Bindung hinreichend ihre Wahl. In sieben Fällen waren familiäre Gründe zusammen mit einem positiven Gefühl materieller Zufriedenheit – «hier geht's uns doch gut... wir haben unser gutes Auskommen und keiner tut uns doch was... wir sind hier doch genauso frei wie die da drüben» – entscheidend. In den sechs verbleibenden Fällen schienen aber Furcht vor der Einsamkeit «da drüben, wo doch jeder nur an sich selbst und ans Geldverdienen denkt», auch vor den «unerschwinglich hohen Mieten» zusammen mit der Erwägung, daß «man im Alter und bei Krankheit hier in der DDR doch besser aufgehoben ist» den Ausschlag selbst dann zu geben, wenn man in der Bundesrepublik mit einer wesentlich höheren Rente rechnete.

Noch aufschlußreicher sind natürlich die – im Charakter sehr ähnlichen – Motive der sieben gegnerisch eingestellten Rentner. Für zwei von ihnen war offenbar das Zusammenleben mit Gleichgesinnten in einem der Kirchengemeinde gehörenden Haus der entscheidende menschliche Rückhalt, den sie nicht aufgeben wollten. Ein schwer beinleidender Siebzigjähriger, der mit seiner Frau nur knapp 200 Mark Rente erhält, während er allein in der Bundesrepublik 420 Mark bekommen würde, will einerseits nicht die ärztliche Behandlung verlieren, «die hier ja einfach prima ist», verbindet aber andererseits mit seiner stark betonten grundsätzlichen Ablehnung der östlichen Ideologie eine tiefe gefühlsmäßige Skepsis gegen die heutige Atmosphäre in der Bundesrepublik, «in der es ja ein menschliches Zusammengehörigkeitsgefühl gar nicht mehr gibt und die Leute nur noch an ihre nächste Italienreise denken». Ein 50jähriger Invalidenrentner will sich nicht von seinen Kindern trennen, «denen es hier ja gefällt». Ein 67jähriger ehemaliger SPD-Mann meint, daß «es dazu jetzt doch schon zu spät ist und ich schließlich hier ja auch zu Hause bin... obwohl meine drüben gut verheiratete Tochter mich dazu drängt und meine Rente sich fast verdoppeln würde». Eine 69jährige Rentnerin fragt mich rhetorisch, ob «es nicht eine wahre Schande ist, daß ich hier zusammen mit meinem Mann von dessen lumpigen 235 Mark Rente leben muß, während wir drüben fast 800 Mark bekämen»; trotzdem aber würde sie nicht nach dem Westen gehen, «wo wir sonst ja niemanden haben». Schließlich bleibt eine andere 66jährige Frau offenbar bei demselben Entschluß, obgleich sie fast mit jedem Satz bekundet, wie «unerträglich das Leben hier ist».

Von zwei älteren Rentnerinnen, die ich als «Schwankende» klassifizierte, war für die eine ausschlaggebend, «daß unsere schöne Wohnung hier ja nur 34 Mark kostet und wir drüben für eine ähnliche vielleicht 200 Mark zahlen müßten». Der anderen erschien es aber offenbar als verlockend, daß «ich als Reinemachefrau drüben bei Brenninkmeyer 3 Mark pro Stunde bekommen könnte, hier aber mit 1.85 zufrieden sein muß», doch war das endgültige Verdikt, daß «es jetzt für uns zum Rübergehen doch schon zu spät ist».

Diese Einzelergebnisse sprechen deutlich genug für sich selbst, sie beweisen aber im besonderen, wie wenig die endgültigen Entscheidungen von ideologischen Einflüssen bestimmt werden. Nur bei sechs Personen waren diese wirksam, bei den sieben «Gegnern» versagten sie in jedem Falle so sehr, daß sie ihr materiell beengtes und seelisch bedrückendes Leben «im Konzentrationslager» dem Leben in «Freiheit» und wahrscheinlich größerem Wohlstand dennoch vorzogen.

Dieselbe Tendenz zeigt sich – wenn auch in abgeschwächtem Maße – bei den insgesamt 72 Personen, die sich bei freier Wahl für den Westen entscheiden würden. Denn auch in dieser Gruppe rekrutiert sich die knappe Hälfte von 35 Personen *nicht* aus den Reihen der Gegner, während bei weiteren 16 Personen die Gegnerschaft ausschließlich materielle Motive aufzeigte. Bewußte oder stark gefühlsmäßige ideologische Ablehnung des eigenen Systems war für die Wahl des Westens daher nur in 21 von den 72 Fällen ausschlaggebend: Sechs dieser 21 Personen begründeten ihre Gegnerschaft mit dem Hinweis auf eigene bittere Erfahrungen: Zuchthaus, Gefängnis oder den Tod naher Verwandter und Freunde an der Mauer. Unter drei anderen identifizierte sich einer mit der Haltung seines Vaters, eines ehemaligen KPD-Mannes, dessen durch persönliche Zurücksetzung enttäuschte Liebe in Haß umgeschlagen war, während die beiden anderen in freiberuflich-privater Tätigkeit soweit wie möglich versuchten, einem offenen Konflikt mit ihrer Umgebung zu entgehen und sich zu diesem Zweck sorgfältig als passive SED-Mitglieder getarnt hatten. Sieben weitere waren Studenten und Studentinnen, die sich bewußt und sachlich zu ihren westlichen Sympathien bekannten – erwähnenswerterweise aber auch ohne jeden Einschlag militanten Gegnertums, wie dies bei meinen früheren Erfahrungen fast die Regel gewesen war. Die Motive der letzten vier in dieser Gruppe blieben unklar, keineswegs aber die Stärke ihres ideologischen Ressentiments, das zum Beispiel in der Kennzeichnung ihres Staates als «Bruchbude» und deren Führer als «Lumpen und Spitzbuben» seinen deutlichen Ausdruck fand.

Die Gruppe der 16 «pragmatischen» Gegner gab keinerlei Rätsel auf: Sie alle waren sich darin einig, daß eine Option für den Westen der einzige Weg sei, zu Wohlstand oder gar Reichtum zu gelangen; ungefähr jeder Dritte von ihnen lebte in bescheidenen Umständen – wie zum Beispiel zwei Leichtkraftwagenfahrer (deren Gehaltsskala

in vielen Wirtschaftszweigen wesentlich unter dem westlichen Niveau liegt), während die übrigen aber meistens betonten, daß «es mir hier eigentlich materiell recht gut geht, aber man drüben mit gutem Verdienst doch viel besser leben kann». Dies war auch überwiegend die Einstellung unter der Minderheitsgruppe von 35 Personen, von denen zehn sogar als «Anhänger», die restlichen 25 aber als «Schwankende» zu klassifizieren waren. Unter den ersteren befanden sich ein freiberuflich tätiger Graphiker, ein junger «Handelskaufmann», ein 34jähriger Industrieökonom und ein genossenschaftlich tätiger junger Fleischermeister – alle Autobesitzer mit Monatseinkommen jenseits der 1000-Mark-Grenze, die aber vom westlichen Wirtschaftswunder noch viel mehr erwarteten. Bei den übrigen vier war Verbitterung über ihr niedriges Einkommen ebenso Grund für ihre politische Gegnerschaft wie für ihren Wunsch, der DDR den Rücken zu kehren. Fast genau das gleiche traf für acht «Schwankende» zu. Die meisten Angehörigen dieser Gruppe aber waren Jugendliche, die wohl das Neue und Unbekannte noch mehr lockte als die Aussicht auf unmittelbare materielle Besserung. Von diesen entschieden sich fünf Berufsschüler im Alter von 16 bis 18 Jahren ohne jede Einschränkung, während fünf ungefähr 20jährige Studenten es an deutlichen politischen Vorbehalten gegenüber dem «gefährlichen Bonner Kurs» nicht fehlen ließen. Weitere vier Jugendliche gehörten zu einer religiös eingestellten Arbeitergruppe, die ich zufällig bei ihrem wöchentlichen Diskussionsabend im Hause des Pfarrers antraf. Auch ihnen fiel die Entscheidung nicht leicht, da sie glaubten, für die größere religiöse Freiheit im Westen das Risiko erheblich größerer sozialer und politischer Unsicherheit einzugehen – ein Risiko, das übrigens die fünf anderen Mitglieder dieser gleichen Gruppe um so viel schwerer empfanden als den möglichen Freiheitsgewinn, daß sie für ihr Verbleiben in der DDR stimmten. Das Pfarrer-Ehepaar selbst entschied sich wiederum für den Westen, ebenso eine gutsituierte Frau mittleren Alters, die – als Autobesitzerin – über die engen Ostblockgrenzen hinaus frei reisen wollte.

Wie die hier kurz skizzierten Details hinreichend zeigen, hat die Stimmabgabe mit ihrem Verhältnis von vier zu eins zugunsten eines Verbleibens in der DDR alles weniger als den Charakter eines entsprechenden politischen Glaubensbekenntnisses; dennoch enthüllt das so präsentierte Bild die Existenz breiter Schichten der DDR-Bevölkerung, die ihren Staat bereits innerlich bejahen oder ihm zum mindesten nicht mehr feindselig gegenüberstehen. Andererseits ist aber auch die Existenz eines gegnerisch eingestellten Volksteils von selbst nur 20 Prozent ein immer noch beachtliches Phänomen, das man nicht als *quantité négligeable* behandeln darf, nur weil es lediglich einen Bruchteil der bisher vermuteten magischen 90 Prozent beträgt. Denn diese 20 Prozent repräsentieren eine Gruppe von weit über zwei Millionen erwachsener und arbeitsfähiger Menschen – genug,

um damit die gesamte Massenflucht der fünfziger Jahre mit erheblicher Steigerung nochmals sich wiederholen zu lassen.

Bei der zweiten meiner fünf systematisch gestellten Fragen ging es im Kern um das alte und neuerdings wieder so wichtig gewordene Problem der Wertung von «Freiheit» und «Sicherheit» in ihrem gegenseitigen Verhältnis. Die Frage war folgendermaßen formuliert:

«*Wenn Sie frei wählen könnten zwischen den angeblich in der DDR erzielten größeren ‚sozialistischen Errungenschaften' und der angeblich in der Bundesrepublik bestehenden größeren persönlichen Freiheit, was würden Sie vorziehen?*»

Weit mehr als bei der ersten Frage deckten sich hier Antwort und politische Grundhaltung. So kamen aus den Reihen der «Anhänger» nur sieben Stimmen, die der größeren westlichen Freiheit den Vorzug gaben, umgekehrt gab es unter den Gegnern ebenfalls nur sechs Stimmen zum entscheidenden Lob der größeren sozialen Errungenschaften in der DDR. Im Gesamtresultat standen bei 27 Stimmenthaltungen den 79 Stimmen für die westliche Freiheit 258 Stimmen für die DDR-Errungenschaften gegenüber. Es liegt in der Natur der Sache, daß hier in erster Linie die Motive der Außenseiter Aufschluß versprechen, kaum weniger auch die Entscheidungen der 45 Personen, die sich als «Schwankende» noch nicht zu einer der beiden Hauptgruppen geschlagen hatten. Von diesen enthielten sich mehr als ein volles Drittel – nämlich 16 Personen – der Stimme, während nur sechs den DDR-Errungenschaften den Vorzug gaben, die restlichen 23 sich aber für die größere westliche Freiheit entschieden.

Zu den sieben «zweifelnden Anhängern» gehörte ein 30jähriger Diplomingenieur. Er hatte Kontakte zu westlichen Freunden und Kollegen, «durch die ich weiß, daß – besonders in den Großbetrieben drüben – die sozialen Leistungen bestimmt nicht geringer sind als bei uns hier, die allgemeine persönliche Freiheit wohl aber größer ist». Ein 69jähriger Rentner kann dagegen kaum an die These der höheren Leistungen der DDR im Sozialwesen geglaubt haben, denn er betonte ausdrücklich, daß «wir hier doch genau so frei sind wie die drüben». Vier andere Gesprächspartner – ein Kraftfahrer, ein Montageschlosser, ein Student und ein Industrieökonom – alle jüngeren Alters zwischen 25 und 34 Jahren – entschieden sich eindeutig für die «größere westliche Freiheit». Im letzten dieser Fälle erwies sich die gleiche Option allerdings als ideologischer Selbstbetrug, denn sie kam von dem bereits vorher erwähnten Rentner, der sich mit emphatischer Begründung zum Verbleiben in der DDR entschlossen hatte, weil er auf die ärztlich und menschlich als besser angesehene Fürsorge in der DDR nicht verzichten wollte.

Bei den «zweifelnden Gegnern» handelte es sich mit einer Ausnahme um ältere Menschen. In allen Fällen fehlte das Bewußtsein, in der DDR weniger «frei» zu sein als die Menschen jenseits der Mauer, während das Empfinden, in der DDR «besser aufgehoben zu

sein» den Ausschlag gab. Besonders aufschlußreich war die Entscheidung des einen jüngeren Mannes, der als 25jähriger im Jahre 1956 aus der Bundesrepublik herübergekommen war, diesen Entschluß jetzt zwar bedauerte, «weil man da drüben ja doch besser verdient und mehr für sein Geld bekommt», dennoch aber den Wert der DDR-Sozialleistungen höher einschätzte als den möglichen Gewinn an persönlicher Freiheit.

Von den sechs «Schwankenden», die sich für die DDR-Errungenschaften erklärten, waren zwei Berufsschüler, die dessenungeachtet «lieber in der Bundesrepublik leben würden, wo es ja alles gibt». Die anderen vier würden dagegen das Leben in der DDR vorziehen, weil sie offenbar nichts von der «größeren westlichen Freiheit» halten. Eine 52jährige Werkstattarbeiterin drückte ihre diesbezügliche Skepsis mit der Bemerkung aus, «das ist ja doch nur Schaumschlägerei, hier wie dort», während die 39jährige Mutter eines 13jährigen Sohnes ihre Zweifel darauf stützt, daß «es dort ja in der Schule sogar immer noch Schläge gibt».

Die Gruppe der 23 «Schwankenden», die sich für den Vorrang der Freiheit entschieden, bestand aus 12 Studenten, 3 Berufsschülerinnen, 5 Werktätigen und 3 Rentnern; interessanterweise hatten aber nur 13 Personen dieser Gruppe für die Bundesrepublik als ihr bevorzugtes Domizil gestimmt, 10 dagegen für die DDR, unter ihnen 7 Studenten, ein Rentnerehepaar und ein Arbeiter. Zu den 16 «Schwankenden», die der Entscheidung auswichen, gehörten ein Kraftfahrer, ein im Gesundheitswesen tätiges Ehepaar, ein 65jähriger Rentner und 12 Jugendliche – unter ihnen ein junger Seemann, zwei Studenten des Baufachs und die neun Mitglieder der religiös eingestellten Jugendgruppe, von der bereits die Rede war.

Schließlich mag noch das Profil der 50 «Gegner», die das Gros der für die «westliche Freiheit» abgegebenen Stimmen stellten, aufs knappste skizziert werden. Es zeigt 40 Männer und 10 Frauen; dem Alter nach gibt es 25 Jugendliche, 11 Personen im Alter zwischen 30 und 45 Jahren, 12 zwischen 45 und 65 und nur 2 darüber hinaus. 14 sind Studenten, 10 Techniker, 7 Akademiker – fünf von ihnen im Kirchendienst –, 11 Arbeiter, 2 Angestellte, 2 Rentner und 4 «Sonstige». Ferner ist vielleicht bemerkenswert, daß zwei dieser Gesprächspartner die westliche Freiheit nicht höher bewerteten, während ein anderer den «sozialen Leistungen in der DDR» besondere Anerkennung zollte; bei 26 Personen aus dieser Gruppe gab es klare Anhaltspunkte dafür, daß ihre Entscheidung weitgehend durch materielle Erwägungen motiviert war, während in 17 Fällen das ideologische Element entscheidend war.

Selbst bei äußerst skeptischer Beurteilung des Aussagewertes der hier skizzierten Entscheidungen können wohl kaum noch Zweifel daran bestehen, daß sich auch in der Haltung der DDR-Bevölkerung die – wenn auch so oft beklagte – allgemeine Tendenz zur Höher-

bewertung der «Sicherheit» gegenüber der «Freiheit» weitgehend durchgesetzt hat. Dementsprechend scheint auch die Bereitschaft des Staates, dem einzelnen die persönliche Fürsorgepflicht fast ganz abzunehmen, als Positivum gewertet zu werden, außerdem aber auch als Kriterium der «sozialistischen Errungenschaften» gegenüber dem – wenn auch «sozial-orientierten» – «Kapitalismus» der Bundesrepublik, dem man immer noch stark mißtraut. Das Gesamtresultat der Aussagen zu der zweiten Frage kann daher kaum anders interpretiert werden als ein Bild, in dessen Rahmen die DDR ihren eigenen Bürgern vorwiegend als ein Fürsorgebereich erscheint, in dem eine Atmosphäre menschlicher Anteilnahme und allgemeinen Zusammengehörigkeitsgefühls das kalte «westliche» Klima kommerzieller Beziehungen abgelöst hat. Ob ein solches Bild objektiv gerechtfertigt ist, kann natürlich bezweifelt werden, ebenso wie sich die Frage stellt, ob das Bild, selbst wenn es wahr sein sollte, nicht weit mehr die lange Periode noch unvergessener gemeinsamer Not reflektiert und sich auch in der Zukunft wird erhalten können.

Unter Auslassung der dritten Frage aus den bereits erwähnten Gründen steht nun als vierter Punkt die Stellungnahme meiner Gesprächspartner zu dem ebenso wichtigen wie auch besonders heiklen Thema «Mauer und Schießbefehl» zur Diskussion. Verlangt wurde die Entscheidung darüber, ob es sich dabei entweder um «Schutzmaßnahmen» handelt, die «im Interesse der DDR notwendig» waren, oder ob diese als «ungerechtfertigt» betrachtet werden, oder, drittens, vielleicht sogar als «unverantwortliche Verbrechen». Nur bei der Option für diese dritte Alternative zeigte sich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Entscheidung und der Grundhaltung, und zwar insofern, als sich in dieser Gruppe von insgesamt 22 Personen kein Anhänger befand. Davon abgesehen, ließen sich aber aus den Antworten keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die politische Haltung ziehen, sondern diese wurden erst möglich, nachdem weitere Fragen zur Klärung der zugrunde liegenden Motive beigetragen hatten.

Im Gesamtergebnis entfielen 251 Stimmen auf die erste Alternative, 42 auf die zweite, 22 auf die dritte – 50 Befragte enthielten sich der Stimme. Verständlicherweise lieferten die «Anhänger» das Gros der Stimmen für die Notwendigkeitsthese, zu der sich 80 Prozent von ihnen bekannten; gleicherweise stimmten aber auch 55 Prozent der «Schwankenden» und sogar volle 40 Prozent der «Gegner». Als «ungerechtfertigt» wurden Mauerbau und Schießbefehl dagegen von 8 Prozent der Anhänger und je 20 Prozent der Schwankenden und Gegner bezeichnet. Ebenfalls je 20 Prozent dieser beiden Gruppen sahen in den Maßnahmen ein «unverantwortliches Verbrechen», doch fand diese Ansicht – wie bereits erwähnt – bei keinem der Anhänger Zustimmung. Schließlich enthielten sich 12 Prozent der Anhänger, 20 Prozent der Gegner, aber nur 5 Prozent der Schwankenden ihrer Stimme.

Diese Ergebnisse sind besonders interessant, weil sie einen beträchtlichen Sieg des gesunden Menschenverstandes über den Druck ideologischer Indoktrination darstellen. Denn die offizielle östliche Mär, die Mauer sei notwendig gewesen, «um die DDR gegen das Eindringen von Spionen, Saboteuren und Abwerbern zu schützen», fand selbst in den Antworten vieler treuer Anhänger nur gelegentlich ein Echo. Umgekehrt konnten sich auch nicht mehr als 20 Prozent der «Gegner» zu der krassen Verurteilung entschließen, wie sie dem Charakter der über die westdeutschen Sender ja so oft gehörten «Mordanklagen» eigentlich besser entsprochen hätte. Daß in allen drei Gruppen die Entscheidungen sich auf die Notwendigkeitsthese konzentrierten, ist auch deshalb beachtlich, weil dieses Urteil nur in wenigen Ausnahmefällen durch eine angemessene Kenntnis der zugrunde liegenden Tatsachen gestützt wurde. Der in der DDR strikt gewahrte Tabu-Charakter dieses Themas hatte zur Folge, daß das Ausmaß der Massenflucht meistens auch nicht annähernd richtig geschätzt wurde; auf meine Rückfrage, ob es sich insgesamt dabei wohl um Zehntausende, Hunderttausende oder sogar Millionen gehandelt haben könne, war die häufigste Antwort: «Mehr als zehntausend werden es wohl schon gewesen sein», ab und zu auch die Ansicht, «einige Hunderttausend» seien dabei vielleicht schon zusammengekommen. Eine in die Millionen gehende Schätzung aber wurde von nahezu allen als «einfach lächerlich» bezeichnet. Obgleich eine derartige Unterschätzung die Schlußfolgerung der Schutznotwendigkeit eigentlich gar nicht mehr zuließ, war diese offenbar hinreichend aus unterbewußten Quellen gespeist. Besonders interessant war in diesem Zusammenhang auch das Ersatzargument, daß «es ja aber gerade die Besten waren, die weggingen» – eine These, die, *unisono* aus dem Munde von drei jungen Gewerbeschülerinnen kommend, deshalb so verblüffte, weil sie in krassem Gegensatz zu der offiziellen, aufs stärkste propagierten Doktrin vom «labilen Charakter» derjenigen stand, die den «Lockungen der Abwerber» gefolgt waren. Umgekehrt lieferte aber gerade diese Doktrin das Argument für diejenigen Anhänger, die die Maßnahmen als «ungerechtfertigt» betrachteten, indem sie darauf bestanden, daß «wir an denen, die hier weggegangen sind und auch jetzt noch weggehen würden, sowieso ja nichts verloren hätten».

An Stelle einer – aus Raummangel hier nicht möglichen – eingehenderen Beschreibung besonders interessanter einzelner Begründungen muß es genügen, nur noch die typischen Merkmale der drei Alternativurteile zu kennzeichnen. Unter den «Anhängern» bediente sich eine Minorität des offiziellen Arguments, daß es notwendig gewesen sei, «die Staatsgrenzen so zu schützen, wie dies alle anderen Staaten ja auch tun», und zwar auch mittels des Schießbefehls, «da man ja nicht wissen könne, ob es sich nicht um den Fluchtversuch irgendeines Schwerverbrechers» handle. Bei dem weit häufigeren Hinweis

auf die wirtschaftliche Schädigung war in dieser Gruppe fast stets auch ein vorwurfsvoller Unterton gegen diejenigen herauszuhören, die «uns hier im Stich gelassen haben..., die ja an nichts anderes dachten als ans Mehrverdienen drüben..., die wir ja gern hätten laufen lassen, wenn bei uns nicht der Arbeitermangel so groß gewesen wäre». Bei den «Gegnern» war der Unterton des gleichen Arguments natürlich ganz anders und zeigt sich typisch in solchen Bemerkungen wie: «Sonst wären hier doch alle weggelaufen... ohne die Mauer wären die hier doch längst schon pleite», oder auch in der mehr persönlichen Feststellung, daß «ich selbst, ebenso wie mindestens 90 Prozent aller anderen hier, heute drüben wäre, hätte ich das mit der Mauer rechtzeitig vorher gewußt». Die Wahl der zweiten Alternative – daß die Mauer «ungerechtfertigt» sei – stellt fast ausnahmslos einen gefühlsmäßigen Kompromiß dar, der ohne konkrete Begründung davon ausgeht, daß es «doch nicht richtig ist, die Menschen einfach durch so eine Mauer zu trennen, das hätte doch auch anders gehen müssen» und analog dazu, «daß es doch eigentlich eine Schweinerei ist, wenn Deutsche auf Deutsche schießen müssen, das sollte doch nicht sein». Interessanterweise kamen auch einige der stärksten Urteile dieser Kategorie, die nur noch knapp vor der Kennzeichnung als «Verbrechen» haltzumachen schienen, aus den Reihen der jugendlichen Anhänger, die sich im Unterbewußtsein vielleicht selbst als potentielle Opfer empfanden.

Die letzte Frage – absichtlich von den zwei ersten Fragen getrennt – war gewissermaßen als deren Kontrolle und Ergänzung gedacht und hat anscheinend diesen Zweck auch ziemlich gut erfüllt. Sie stellte die folgenden drei Alternativen zur Wahl: Ob man – allerdings abgesehen von dem speziellen Fall der Reisefreiheit – in der DDR ebenso frei lebt wie in der Bundesrepublik; oder ob man in der DDR freier lebt; oder ob das Leben im Gegenteil im Westen freier ist. Abgesehen von den Stimmenthaltungen, ergaben sich 234 Stimmen für die erste, immerhin 37 für die zweite und 82 für die dritte Alternative. Im Hinblick auf die im Westen als schlechthin axiomatisch geltende Ansicht, daß es im östlichen Szenarium echte persönliche Freiheit überhaupt nicht gebe, muß es ebenso befremdlich wie beachtlich erscheinen, daß zwei von je drei Zonenbewohnern keinen praktisch in die Waagschale fallenden Unterschied anerkennen, daß sogar einer von je zehn sich für freier hält als die Bürger in der Bundesrepublik, und daß nur ungefähr jeder fünfte die These der größeren westlichen Freiheit akzeptiert.

Wie zu vermuten, finden sich die meisten Vertreter dieser letzteren Auffassung – 50 an der Zahl – unter den «Gegnern»; diese erhalten eine Verstärkung von 20 Personen aus dem Kreis der «Schwankenden», aber noch weitere 12 aus den Reihen der Anhänger. Die letzteren rekrutierten sich bemerkenswerterweise mit Ausnahme eines jungen Arbeiters, eines sehr gut situierten Handwerkers und eines

Rentners nur aus Kreisen der «Intelligenz» – unter ihnen sogar ein höherer Angestellter der Kirche, außerdem ein Architekt, zwei Ingenieure, ein Industrieökonom, eine Lehrerin, eine junge Schauspielerin und zwei Studenten; unter den Schwankenden bekennen sich vorwiegend Jugendliche zu der gleichen Auffassung, und zwar sieben Studenten, die drei bereits erwähnten Berufsschülerinnen und vier junge Werktätige.

Vom östlichen Standpunkt aus gesehen, ist aber vielleicht die relativ kleine Anzahl derjenigen erstaunlich, die sich in der DDR freier fühlen als sie glauben, es im Westen sein zu können; denn von den insgesamt 37 Personen dieser Richtung bilden nur 14 einen Teil der von mir als SED-Mitglieder identifizierten Gruppe von 53 Personen, so daß nur ungefähr jedes dritte bis vierte Parteimitglied dem offiziellen Credo Tribut zu zollen scheint. Dennoch erscheint die soziologische Zusammensetzung dieser Gruppe als durchaus typisch. Ihr gehören 17 Arbeiter und niedere Angestellte, 5 Parteifunktionäre, 7 Lehrer und Wissenschafter, 3 Studenten der Berufspüdagogik und 5 Rentner an. Die typische Begründung eines der Arbeiter lautet, daß man «hier in unseren volkseigenen Betrieben doch nicht so unter der Knute steht wie die Arbeiter in der Bundesrepublik». Ein höherer Funktionär im Sportwesen, der auch regelmäßig westliche Betriebe besucht, gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, «wie groß dort noch immer die Betriebsdisziplin im Verhältnis zu unseren eigenen Betrieben ist, in denen wir den Arbeiter ja in erster Linie als Kollegen und Menschen betrachten»; und ein wissenschaftlicher Universitätsassistent erklärte mir in längerer Diskussion seine Ansicht, daß «die persönliche Freiheit im liberalistisch-westlichen Sinn zwar in der DDR eingeschränkt ist, daß aber gerade dadurch ihr humanistischer Inhalt tiefer und wesentlicher verwirklicht» wird.

Natürlich kann die Einstellung, die sich in den Antworten zu dieser letzten Frage zu erkennen gibt, nur verstanden werden, wenn man sie gegen den Hintergrund der Entwicklung betrachtet, wie sie sich in praktischer Isolierung von dem Geschehen diesseits der Mauer vollzogen hat. So bedeutet die Erinnerung an «westliche Freiheit» für die ältere Arbeitergeneration kaum etwas anderes als die Erinnerung an die frühen dreißiger Jahre der Arbeitslosigkeit oder an die drückende Angst, Arbeitsplatz und Verdienst von einem Tag zum anderen zu verlieren. Für das Gros der jüngeren Generation hat propagandistische Indoktrination diesen Begriff zum Symbol von Auswüchsen der parlamentarischen Demokratie degradiert, die ihrerseits als Wegbereiter zum Hitler-Staat und Faschismus gelten. Die meisten Menschen drüben empfinden ihren jetzigen «Freiheitsstatus» nicht nur als großen Gewinn gegenüber der frühen Nachkriegszeit, sondern auch als Vorboten weiterer möglicher Liberalisierung. Die Erinnerung an die Zeit, in der man genug Grund hatte, sich vor den Methoden des mehr oder weniger offenen «Terrors» und unverkenn-

baren «Polizeistaates» zu fürchten, ist zwar noch keineswegs geschwunden, dennoch aber ist es dem System in den letzten zehn Jahren offenbar weitgehend gelungen, sich seinen Bürgern gegenüber als «Rechts- und Ordnungsstaat» zu legitimieren, in dem man sich ebenso sicher aufgehoben fühlt wie «in jedem anderen zivilisierten Lande».

Nach dem bisher Gesagten mag sich vielleicht der Hinweis darauf erübrigen, daß das Erinnerungsbild der älteren «bürgerlichen» Generation – und besonders auch das ihrer gebildeten Kreise – dem «proletarischen» entgegengesetzt ist und daß es in beschränktem Maße auch seine Diffusionskraft bewahrt hat. In diesem Bereich hat die Idee der persönlichen Freiheit ihren Symbolwert als *summum bonum humanitatis* sich nicht nur erhalten, sondern sie hat als Reaktion auf ihre tiefe Degradierung im Dritten Reich vielleicht noch tiefere Bedeutung gewonnen. Seit über zwanzig Jahren hat aber die Massenflucht und der natürliche Ablauf jedes Lebens einen Zehrungsprozeß begünstigt, der die Gruppe der grundsätzlichen Regimegegner zu einer relativ sehr kleinen Minorität einschmelzen ließ. Wenn nicht ein Wunder geschieht, läßt sich ausrechnen, wann sie ganz verschwunden sein wird. Für die wahrscheinlich heute noch etwas größere Gruppe der «pragmatischen» Gegner ist die Prognose ungewiß – es hängt davon ab, wie sich die Kurven der wirtschaftlichen Entwicklung auf beiden Seiten der Mauer in den nächsten Jahren entwickeln werden. Sollte sie jedoch hüben ungünstiger verlaufen als drüben, so würden zwei bis drei Jahre relativer Stagnation oder Rezession bestimmt genügen, um auch diese Schicht praktisch zu eliminieren. Umgekehrt würde natürlich schnelle Überwindung der augenblicklichen bundesrepublikanischen Krise parallel zu einer neuen Verschlechterung der östlichen Wirtschaftskonsolidation die Weiterexistenz, ja sogar das Wachstum dieser Gruppe auf kaum absehbare Zeit verlängern. So gesehen, zeigt sich eine neue Dimension der wirtschaftspolitischen Aufgabe, die nun in Bonn hoffentlich schnell gelöst werden kann.